

«Die Wirtschaft kann auf die neuen EU-Verträge verzichten»

Das bilaterale Paket könnte kurzfristig Vorteile bringen, sei aber langfristig nachteilig, sagt der Unternehmer Giorgio Behr im Gespräch mit Tobias Gafafer. Es wäre falsch, sich wegen Trumps Powerplay enger an die EU zu binden

Lange waren die Bilateralen der kleinste gemeinsame Nenner der Schweizer Wirtschaft. Diese steht aber nicht geschlossen hinter einer engeren Anbindung an die EU, wie sie das geplante bilaterale Vertragspaket vorsieht. Namentlich die dynamische Rechtsübernahme und die Streitbeilegung, bei welcher der Europäische Gerichtshof eine Rolle spielt, sorgen für Kritik. Mit Autonomiesuisse und Kompass/Europa engagieren sich zwei Vereinigungen von EU-Skeptikern gegen die neuen Verträge. Der Unternehmer Giorgio Behr ist im Co-Präsidenten von Autonomiesuisse und Mitglied von Kompass/Europa.

Herr Behr, die Schweizer Europapolitik wird vor allem wirtschaftlich begründet. Warum engagieren Sie sich als Unternehmer gegen das bilaterale Vertragspaket? Ich vertrete einen grossen Kreis von Unternehmern, die unmittelbar in der Wirtschaft tätig sind, nicht in einem Verband oder Konzernstab. Es bringt nichts, etwas zu verbessern, was im Grunde genommen überflüssig ist. Die Wirtschaft kann auf die neuen EU-Verträge verzichten.

Wirklich?

Man will die Bilateralen etwas verbessern und erhält am Schluss kaum Vorteile. Das bestehende Abkommen über die technischen Handelshemmisse, das die gegenseitige Anerkennung von Zulassungen regelt, wird überschätzt. Jedes Unternehmen, das neue Produkte nicht direkt in der EU zertifiziert, wo es oft billiger ist, macht etwas falsch. Die nicht tarifären Handelshemmisse innerhalb der EU sind immer noch gross. Stellt die EU das Luftverkehrsabkommen infrage, würde sie primär die einzige Gewinnquelle der Lufthansa-Gruppe, die Swiss, belasten. Beim Landverkehr sitzt die EU am kürzeren Hebel. Deutschland hat die Neat-Zubringerstrecken nicht gebaut und Abmachungen nicht eingehalten.

Das für die Wirtschaft wichtigste Abkommen ist die Personenfreizügigkeit. Wie stehen Sie zu dieser?

Da vergibt sich die Schweiz Chancen. Wir finanzieren an unseren Hochschulen die Ausbildung talentierter Leute aus Drittländern. Diese dürfen nicht in der Schweiz bleiben, wenn sie nicht sofort eine Stelle finden. Stattdessen holen wir lieber Leute aus der EU, mit weniger Potenzial. Wir kontingentieren die Einwanderung aus Drittstaaten, die spannend wäre, kontrollieren die Zuwanderung aus der EU, die nur teilweise spannend ist, aber nicht.

Die SVP will mit ihrer Initiative gegen die 10-Millionen-Schweiz die Personenfreizügigkeit kündigen. Begründen Sie dieses Volksbegehren?

Es geht nicht darum, ob ich diese Initiative begrüsse oder nicht. Die Schweiz ist ein Land mit qualitativ hochwertigen Produkten und Angeboten. Dafür brauchen wir Leute mit einer guten Berufsbildung und akademischen Ausbildung. Würde das Freizügigkeitsabkommen gekündigt, könnten unsere Firmen weiterhin Grenzgänger beschäftigen und Arbeitnehmer aus der EU rekrutieren. Solange der Wirtschaftsstandort attraktiv bleibt, finden sich Fachkräfte, die hier arbeiten wollen.

Die Rekrutierung würde bürokratisch. Die Schweiz hat für die Kontingente für Drittstaaten eine Verwaltung aufgebaut. Die Ausdehnung auf die Zuwanderung aus der EU wäre mach- und tragbar. Die Folgekosten der heutigen Regelung sind höher. Die Änderungen im Freizügigkeitsabkommen, wie sie die angepassten Verträge mit der EU vorsehen, sind problematisch. Der Familiennachzug von Leuten aus der EU, die nicht produktiv tätig sind, würde ausgeweitet. Wir haben den Bund vor den Verhandlungen aufgefordert, die Zu-

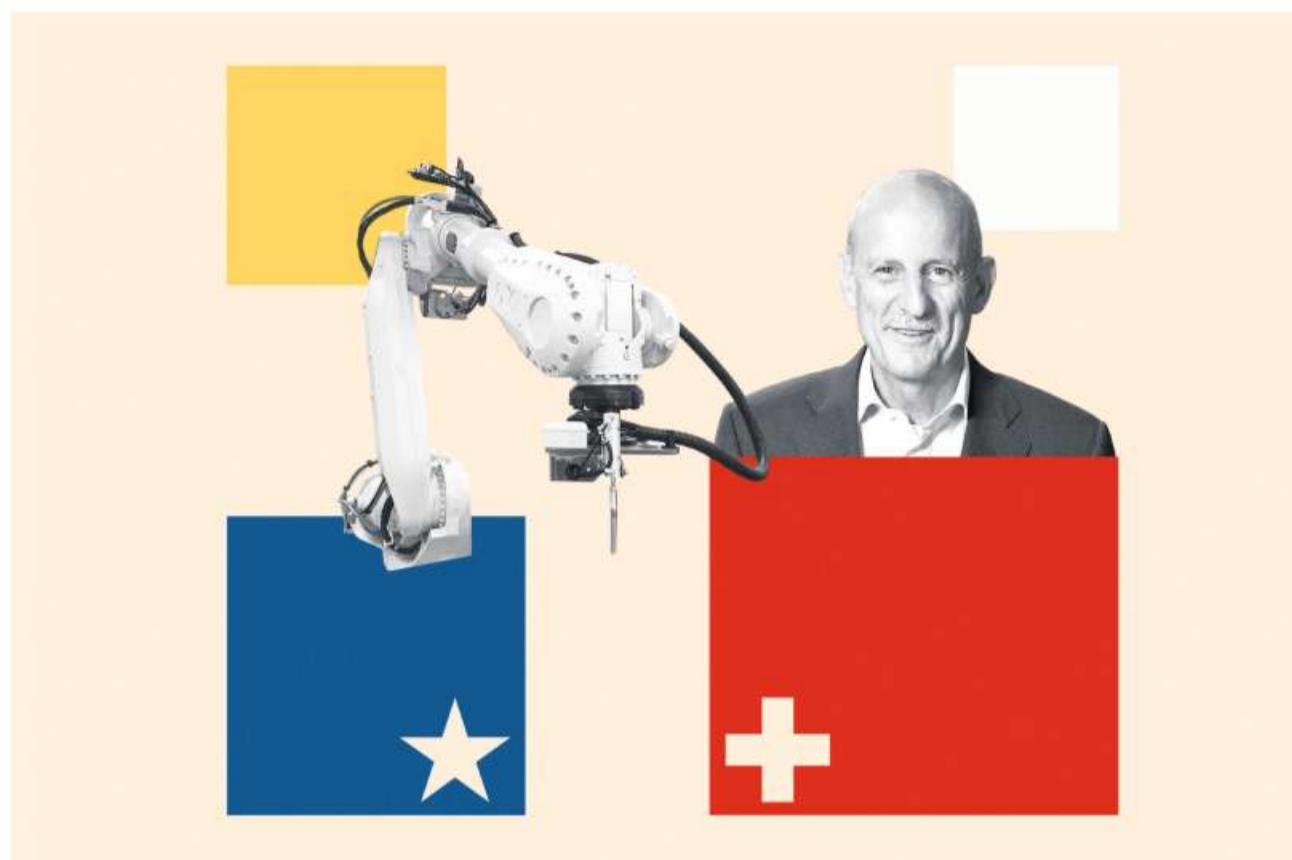


ILLUSTRATION SIMON TANNER / NZZ

lungen auf problematische Punkte bei der Personenfreizügigkeit hingewiesen. Es ist nie eine Antwort gekommen.

Der Staatssekretär für Migration, Vincenzo Mascioli, relativiert die Folgen der Anpassung des Freizügigkeitsabkommen. Die Veränderungen beim Familiennachzug seien klein, sagte er im Interview mit der NZZ.

Das Vertrauen in die Aussagen des Bundes ist angekratzt. Er lag oft daneben. Das Ausmass der Zuwanderung wurde massiv unterschätzt. Statt der prognostizierten 8000 Personen pro Jahr sind oft mehr als 80 000 gekommen. Leider saugt die stark wachsende Verwaltung Fachkräfte vom Markt ab.

Branchen wie die Gastronomie oder die Hotellerie sind auf die Zuwanderung von weniger qualifizierten Personen aus der EU angewiesen, weil viele Schweizer gewisse Tätigkeiten nicht mehr ausüben wollen.

Das ist eine Frage des Lohnes und des Arbeitsplatzes. Wir zahlen in unserem Restaurant Stube in Rüdlingen für Schweizer Verhältnisse gute Löhne. Ich habe keine Mühe, Leute zu rekrutieren. Wegen der peripheren Lage sind auch Grenzgänger darunter. Wir müssen in der Schweiz wieder lernen, manche Berufe mehr zu schätzen, statt auf immer mehr Akademiker zu setzen. Wir sollten jene Leute ausbilden, die die Gesellschaft braucht – etwa Krankenfleger, Polizisten, Servierpersonal und Industriearbeiter.

Sie leben in Schaffhausen. Mit dem Wegfall der Personenfreizügigkeit würde auch das Schengenabkommen infrage gestellt. Was würde das für einen Grenzkanton bedeuten?

Auch die Gegenseite profitiert von der Grenzgänger-Lösung. Der süddeutschen Region geht es gut. Ich glaube nicht, dass diese Nachbarn etwas gegen das heutige Regime unternehmen. Das käme sie teuer zu stehen.

Baden-Württemberg hätte wenig zu sagen, wenn die Schweiz die Personenfreizügigkeit mit der EU kündigt – und damit auch Schengen infrage gestellt wird. Ich habe bei Dresden eine Firma. Gehn Sie mal an die Grenze zu Polen. Da ist Schengen heute weitgehend ausser Kraft gesetzt, wie auch an der Grenze zu Dänemark. Der freie Reiseverkehr

«Man sollte nicht immer damit drohen, dass die Schweiz alles verliere. Auch die EU würde vieles verlieren. Wir sollten selbstbewusster auftreten.»

Mann der Industrie

gaf · Giorgio Behr (76) ist der Verwaltungsratspräsident der Behr Bircher Cellpack BBC Group, die er bis 2015 operativ geführt hat. Früher präsidierte er zudem den Verwaltungsrat von Sauerer und war als Vorsitzender des Aufsichtsrats des ZF-Konzerns tätig, eines deutschen Automobilzulieferers. Er sass auch lange im Verwaltungsrat des Hilti-Konzerns und ist emeritierter Professor für Betriebswirtschaftslehre der Universität St. Gallen.

NZZ
Pro

Dieser Artikel ist bei «NZZ Pro» erschienen, dem Premiumangebot der NZZ mit dem vertieften Blick voraus auf Weltwirtschaft und Geopolitik.

www.nzz.ch/pro

Binnenmarktabkommen, nicht aber bei der Forschung oder anderswo möglich. Die Dienstleistungen und der Finanzbereich sind nicht von den Verträgen erfasst. Es gibt also viele Bereiche, wo die EU uns plagen könnte. Zudem mussten wir in den Verhandlungen bei den Hochschulen Zugeständnisse machen. Wir bekommen ein qualitatives Problem, wenn wir Gebühren für ausländische Studenten auf das Niveau der Schweizer Studenten reduzieren. Unsere Universitäten, die eine hohe Qualität bieten, würden für Studierende aus der EU noch attraktiver. Diese Mengenausweitung bringt zudem hohe Mehrkosten für die Kantone. Befürworter der EU-Verträge feiern die gnädige Wiederzulassung zu Horizon Europe. Doch wie kann man von «Champions League der Forschung» fabulieren, wie es Befürworter der EU-Verträge tun, wenn mit den beiden ETH die besten Teams gar nicht dabei sind?

Wird der EWR wieder ein Thema, falls das Vertragspaket scheitert?

Das glaube ich nicht. Europa hat wirtschaftlich an Bedeutung verloren, während Indien, China und südostasiatische Länder wichtiger geworden sind, wie auch die USA. Die Schweiz tut gut daran, sich weiterhin weltoffen zu positionieren. Die Wirtschaft muss international frei sein. Wenn wir bei internationalen Freihandelsverträgen plötzlich an das gebunden sind, was die EU sagt, ist das nicht gut.

Wie kommen Sie darauf? Die Schweiz kann weiterhin ihre eigenen Handelsverträge abschliessen, das Freihandelsabkommen ist von den neuen Regeln nicht betroffen.

Die EU ist zusehends auf Richterrecht ausgerichtet. Das droht mit den neuen Verträgen auch der Schweiz. Aus Sicht der EU ist alles binnenmarktrelevant, auch Verträge mit Drittstaaten. Die EU spielt gegenüber der Schweiz das Recht des Stärkeren aus, wird auch hier Druck ausüben.

Befürworter des Vertragspakets argumentieren, Europa werde wegen des Zollstreits mit Trump und der Unberechenbarkeit der USA wichtiger. Was halten Sie davon?

Wir müssen uns fragen, was unserer Industrie erlaubt, zu exportieren. Entweder hat sie ein Produkt, das andere nicht haben, oder eines, das viel besser ist – der Preis ist nie entscheidend. Es hat ohnehin Sinn, nahe am Markt zu produzieren, unter anderem wegen der Währung. Wer grosse Umsätze in den USA hat, muss prüfen, dort eine Fertigung aufzubauen, statt in der Schweiz über den Fachkräftemangel und die Währungsprobleme zu jammern. Unternehmer denken da langfristig, wie viele Reaktionen zeigen. Wer dagegen nach wenigen Jahren in einem Konzern weiterzieht, hat oft eine kurzfristige Optik.

Trump bestraf die Schweiz mit einem Strafzoll von 39 Prozent, weil er sich am Handelsbilanzdefizit stört. War es ein Fehler, wirtschaftlich so stark auf die USA zu setzen?

Es hilft nicht weiter, die USA und die EU gegeneinander auszuspielen. Es wäre naiv, der EU um den Hals zu fallen, wenn die USA Druck machen – wie auch in die USA zu rennen, wenn uns die EU plagt. Wir müssen Abhängigkeiten aller Art abbauen und mit allen Weltregionen Handel treiben. Überraschungen werden dieser Tage zur Regel. Kritisieren ist einfach – lassen wir unsere Leute doch in Ruhe arbeiten. Wir haben jetzt die Chance, nachhaltige Lösungen anzupacken. Dafür muss man auch einmal vertraute Pfade verlassen. Das bringt mehr, als zu jammern oder sich in neue Abhängigkeiten zu begeben.